

**Verfahrensstand:**

1. Änderungsbeschluss
2. Beteiligung der Träger gem. § 4 Abs. 1 BauGB
3. Beteiligung der Träger gem. § 4 Abs. 2 BauGB
4. Beteiligung der Träger gem. § 4a Abs. 3 BauGB

**Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung**  
(§ 4 Baugesetzbuch)Hinweis:

Mit der Beteiligung wird Ihnen als Träger öffentlicher Belange die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen Ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für eine den gesetzlichen Anforderungen (§1 Abs. 7 BauGB) entsprechende Abwägung und damit für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen; die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann. Die Abwägung obliegt der Gemeinde.

**Gemeinde Schwarzenbruck****Änderung BP 38 „Salachweg“**

- Flächennutzungsplan**
- mit Landschaftsplan

 **Bebauungsplan:****Einfacher Bebauungsplan im Sondergebiet nach § 30 Abs. 3 BauGB**

- mit Grünordnungsplan für die Neuaufstellung
- mit integrierten grünordnerischen Festsetzungen
- Satzung über einen Vorhabens bezogenen Bebauungsplan
- Sonstige Satzung

- Frist für die Stellungnahme (§4a Abs. 3 BauGB): **18.08.2025****

## Träger öffentlicher Belange

### Name des Trägers öffentlicher Belange (Anschrift, E-Mail, Tel. Nr.)


Keine Äußerung

- Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB auslösen
- Beabsichtigte Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes:


- Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z.B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen).  
Einwendungen:

- ## Rechtsgrundlagen:

1. **What is the primary purpose of the proposed legislation?**

- Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

- Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlagen:


--

--

--

---

Ort, Datum

Unterschrift, Dienstbezeichnung